

## Protokoll der a.o. Delegiertenversammlung

**29. September 2018, 10.45 – 15.00 Uhr, Stadttheater Olten**

**Vorsitz:** Christian Levrat

**Protokoll:** Simon Roth

**Anwesend:** 235 Delegierte und ca. 40 Gäste

### Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

## 1. Eröffnungsgeschäfte

**Michael Sorg** eröffnet die Delegiertenversammlung.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Traktandum 5:

- Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)
- A-1 SP Neuenburg: Verschieben der Parolenfassung auf den Parteitag vom 1./2. Dezember 2018
- A-2 SP Neuenburg: Durchführung einer Urabstimmung

Traktandum 6: Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 25. November 2018: Eidg. Volksinitiative „Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere“ (Hornkuh-Initiative) - Empfehlung der Geschäftsleitung

Traktandum 7: Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt

### Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Für die Parolenfassung zu STAF schlägt die Geschäftsleitung vor, dass es von jeder Seite fünf delegierte Votantinnen und Votanten mit einer Redezeit von vier Minuten gibt. Anschliessend gibt es pro Seite maximal 10 Wortmeldungen mit einer Redezeit von drei Minuten.

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Das Vorgehen wird mit einer deutlichen Mehrheit genehmigt.

### Wortmeldezettel

Wortmeldezettel zu Traktandum 5 (STAF) wurden allen Delegierten und Ersatzdelegierten zusammen mit der Stimmkarte abgegeben. Alle anderen Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

### Protokoll der DV vom 23. Juni 2018 in Lausanne

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in Lausanne. Dieses kann unter [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Peter Hug genehmigt.

## **2. Mitteilungen**

Ein Kurzfilm zum Landesstreik wird gezeigt.

## **3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR**

**Christian Levrat** will seine Redezeit dazu nutzen, sein Erstaunen und Unverständnis über die Äusserungen des schweizerischen Aussenministers an der UNO-Vollversammlung zu äussern. Während die meisten Anwesenden über die Äusserungen von Trump lachten, war Cassis der Einzige, der Verständnis für die Äusserungen und Handlungen von Donald Trump äusserte. Dies reihte sich ein in den Richtungswechsel der schweizerischen Aussenpolitik. Es sei das erste Mal, dass die SP frontal gegen diese Aussenpolitik stehe. Auch das Vorgehen von Cassis beim Flüchtlingspaket sei unmöglich. Immerhin werde nun das Mandat für die Verhandlungen mit der EU nicht geändert und die roten Linien weiterhin eingehalten.

Aber gerade heute Morgen stehe in den Zeitungen, dass Cassis die Aussenpolitik auf den Kopf stellen wolle. Dazu hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese besteht ausschliesslich aus Vertretern der Wirtschaft. Das will sich der Sprechende nicht bieten lassen.

#### 4. Rede Alain Berset, Bundespräsident

**Alain Berset** will sich in seiner Rede der Innen- und nicht der Aussenpolitik widmen und auch seine Haltung zur STAF äussern. Die Vorlage sei aus sozialdemokratischer Sicht nicht perfekt, es werde aber auch keine bessere Vorlage geben. Wenn diese jetzt abgelehnt wird, würden wir wohl schon bald eine verpasste Chance bedauern. Kompromisse gelten heute bei vielen als Zeichen der Schwäche. Demokratie funktioniert aber nur mit Kompromissen. Solche benötigen Mut. Sich gegen die politischen Gegner und gegen die Realität abzuschotten, sei einfacher. Eine Vorlage, die Erleichterungen für die Steuerbelastung von Unternehmen vorsieht, werde zu Recht kritisch betrachtet. Die Vorlage bringe aber sowohl Verbesserungen im Vergleich zur USR III wie aber auch zum aktuellen Recht. Dazu gehöre insbesondere die Korrektur falscher Anreize aus der USR II. In der Vorlage gehe es auch um die Sicherung der AHV. Unser wichtigstes Sozialwerk steht unter Druck. 2.6 Millionen Menschen sind auf eine Rente aus der AHV angewiesen. In absehbarer Zeit werden es 3.6 Millionen sein. Seit 2014 sind die Umlageergebnisse der AHV negativ. Um die AHV stabil zu halten, sei deshalb eine Zusatzfinanzierung von über 50 Milliarden Franken notwendig. Es gäbe auch andere Möglichkeiten, so die Anhebung des Rentenalters. Das aber sei kein konstruktiver Ansatz. Der Sprechende will die AHV für zukünftige Rentnerinnen und Rentner schützen.

Der Einwand, dass mit dem Kompromiss die Unternehmen entlastet, und Arbeiterinnen und Arbeiter zur Kasse gebeten werde, greift aus Sicht des Sprechenden zu kurz. Dies weil auf dem gesamten Lohn Abgaben an die AHV bezahlt werden müssen, die Auszahlungen plafoniert seien. Das letzte Mal eine Anpassung des Beitragsatzes gab es in den 70er Jahre. Dazu kommen zusätzliche Gelder des Bundes, die durch die sehr progressive Gestaltung der Bundessteuer ebenfalls stark umverteilenden Charakter haben. Zum ersten Mal seit 20 Jahren werde es möglich sein, das gesamte demografische Mehrwertsteuerprozentes tatsächlich der AHV zuzuführen.

Es war die SP, die Initiativen zur besseren Finanzierung der AHV und zur Eindämmung des Steuerwettbewerbes eingereicht hat. Beide Initiativen wurden abgelehnt. Die heutige Vorlage nimmt aber Elemente aus diesen beiden Initiativen aus. Wenn der jetzt vorliegende Kompromiss hält, dann sei dies ein Schritt in die richtige Richtung. Scheitere die Vorlage hingegen, wäre eine Zusatzfinanzierung der AHV wohl nur mit einer höheren Mehrwertsteuer möglich, was deutlich weniger sozial wäre. In einer sich verändernden Welt, müssen die Sozialwerke vorwärts verteidigt werden. Deshalb sei diese Gelegenheit beim Schopf zu packen.

#### 5. Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV Finanzierung

*A-1 SP Neuenburg: Verschieben der Parolenfassung auf den Parteitag vom 1./2. Dezember 2018*

Den Antrag vertritt **Yann Hulmann**. Er führt aus, dass das Thema sehr wichtig sei. Aus Sicht der SP Neuenburg soll man sich nun nicht stressen lassen sondern in Ruhe die Vorlage zu studieren. Wird die Vorlage an einem Parteitag diskutiert, haben alle Sektionen die Möglichkeit, die Vorlage zu diskutieren und ihre Position da zu vertreten.

**Christian Levrat** begründet die Ablehnung dieses Antrages der Geschäftsleitung und weist darauf hin, dass die Geschäftsleitung im Anschluss an die Parolenfassung die Durchführung einer Urabstimmung beantragen werden. Es hat in der Fraktion einen Weg benötigt, bis eine grosse Mehrheit hinter dem Vorschlag stehen konnte. Es ist sinnvoll, auch die Mitglieder auf den Weg mitzunehmen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

Die Frage der Positionierung der SP zur STAF-Vorlage sowie insbesondere zu einem möglichen Referendum stellt sich jetzt, nicht erst in zwei Monaten. Diese Dringlichkeit war der Grund dafür, dass die Geschäftsleitung eine ausserordentliche Delegiertenversammlung einberufen hat. Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass sich die SP zu einer so wichtigen Frage frühzeitig positionieren muss und das Feld nicht anderen Parteien und Organisationen überlassen darf.

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Der Antrag wird sehr deutlich abgelehnt.

**Beat Jans** erklärt aus Sicht der WAK-Delegation die Vorlage. Die Delegation sei einstimmig für die Vorlage, weil diese das Steuersystem gerechter und die AHV sozialer mache. Er will aber Vor- und Nachteile der Vorlage aufzeigen. Mit der USR I werde das sogenannte Statusprivileg eingeführt, was sich inzwischen zu einem gewaltigen Steuerschlupfloch entwickelt habe. Mit der USR II seien weitere Schlupflöcher (bspw. KEP) oder die Dividendenteilbesteuerung eingeführt worden. Es war die OECD, die verlangt habe, dass das Statusprivileg abgeschafft werde. In Folge präsentierte der Bundesrat die USR III, mit der aber nicht nur das Privileg abgeschafft, sondern gleichzeitig neue Instrumente eingeführt werden sollten. Was jetzt vorliegt, korrigiert die USR I, Teile der USR II und bringt Einschränkungen bei der in der USR III vorgesehenen Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung, bei den vorgesehenen Patenboxen und beim Kapitaleinlageprinzip. Zukünftig seien nur Abzüge für Gewinne aus Patenten, die in der Schweiz entwickelt wurden, möglich. Die zinsbereinigte Gewinnsteuer werde nur im Kanton Zürich eingeführt werden können.

Mit den zusätzlichen Einnahmen werden nicht nur sieben Jahre für die Sanierung der AHV gewonnen, sondern zusätzliche zwei Milliarden auf Dauer für die AHV. Die Finanzierung der AHV werde sozial finanziert.

Gegenüber der USR III gibt es aus Sicht des Sprechenden acht substantielle Verbesserungen. Das Referendum habe sich also sicher gelohnt. Auch gegenüber dem Status Quo seien Veränderungen festzustellen. Der Bund erhalte zusätzliche 550 Millionen aus der Unternehmenssteuer, bezahle aber zusätzliche Transferzahlungen an die Kantone und die AHV. Nicht erreicht wurde eine kantonale Mindestbesteuerung oder eine höhere Dividendenbesteuerung. Die Bundesvorlage bringt aus Sicht der Kantone nur Verbesserungen, allenfalls negative Folgen haben sie selber in der Hand.

Es seien sowohl linke wie rechte Kreise, die gegen diese Vorlage das Referendum ergriffen haben.

**Mattea Meyer** (Nationalrätin ZH) führt aus, dass die Rechnung nicht aufgeht. Zwar werden Privilegien aufgehoben, trotzdem kostet uns diese Vorlage etwas. Weil nämlich neue Privilegien eingeführt werden. Dazu kommt die explizite Aufforderung an die Kantone, auch da die Gewinnsteuer zu senken. Wie soll den Menschen erklärt werden, dass sie zwar auf nationaler Ebene „Ja“ stimmen sollen, dann aber die kantonale Umsetzung ablehnen sollen. Die Sprechende ist nicht bereit, sich vor den Karren der Konzerne zu spannen. Wenn die Schweiz auf eine schwarze Liste komme, sei dies nicht das Problem der Sozialdemokratie. Sie respektiere zwar die Haltung derjenigen, die diesen Deal als Zwischenschritt sehen. Sie selber habe aber grosse Zweifel, ob es tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung sei.

**Susanne Leutenegger Oberholzer** (Nationalrätin BL) hat es sich mit der Haltung zu dieser Vorlage schwer getan. Sie misst sich an ihren Aussagen, die sie zur USR III gemacht hat. Vieles von dem, was sie damals gefordert hat, wurde mit der neuen Vorlage erreicht. Wenn gesagt werde, die AHV interessiere in dieser Frage nicht, dann hat die Sprechende dafür kein Verständnis. Für diese riesige

Errungenschaft müssen wir kämpfen. (Redezeitüberschreitung). Auf Grund der absehbaren Folgen einer Ablehnung plädiert sie eindringlich für ein Ja zu dieser Vorlage.

**Natascha Wey** (SP Frauen\*) weist darauf hin, dass die SP Frauen\* die Vorlage an ihrer Versammlung abgelehnt haben. Wegen Steuerausfällen seien bereits heute überall Sparpakete notwendig. Die Betroffenen dieser Sparpakete seien oft Frauen. Die SP Frauen\* werden sich deshalb nicht weiter zu dieser Vorlage äussern.

**Ada Marra** (Nationalrätin VD) gehört zu der kleinen Minderheit, die in der Waadt gegen die USR III gestimmt hat. Jetzt sei die Situation aber komplett anders. Wir müssen auf kantonaler Ebene kämpfen. Wir diskutieren heute über einen Deal. Heute gibt es die Mode, dass Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht werden. Mit dem Deal haben wir einen Paradigmenwechsel erreicht. Die Firmen behalten zwar gewisse Privilegien, gleichzeitig bekommen aber auch alle Menschen etwas. Das haben wir dank unserem Sieg zur USR III erreicht.

**Adil Koller** (Präsident SP Basel-Land) zieht eine kurze Bilanz der Spar- und Abbaupolitik in seinem Kanton. Immer wurden die Steuer für jene gesenkt, die bereits viel haben. Deshalb sei es wichtig gewesen, den Abstimmungskampf zur USR III zu gewinnen. Die heute vorliegende Reform gehe in dieselbe Richtung. Es liege zentral an der Bundesvorlage, was in den Kantonen geschehe. Die neue Vorlage heize den Steuerwettbewerb zusätzlich an, so über Änderungen im Finanzausgleich.

**Yvonne Beutler** (SP ZH) hat sich als linke Finanzvorsteherin einer bürgerlichen Exekutive gegen die USR III stark gemacht. Trotz viel Druck habe sie sich gegen die Vorlage stark gemacht, weil diese für die Städte nicht verkraftbar gewesen wäre. Mit derselben Überzeugung steht sie nun da, um für ein Ja zur Vorlage zu werben. Die Anliegen der Städte seien diesmal ernst genommen worden. Die Kantone seien nun verpflichtet, Gemeinde und Städte verhältnismässig zu entschädigen. Sie hätte sich zwar weniger Abzugsmöglichkeiten und eine höhere Gegenfinanzierung gewünscht. Ein dritter Versuch würde aber keine bessere Vorlage hervorbringen. Von Seiten der Städte gäbe es keine Unterstützung für ein Referendum gegen diese Vorlage.

**Samantha Dunning** (SP BE) was gewinnen wir mit dieser Vorlage? Die Auswirkungen hätten stark negative Folgen für die Frauen. Man will aus der Schweiz ein Steuerparadies machen, ein Monaco für internationale Multis. Der kantonale Steuerwettbewerb werde mit dieser Vorlage weiter verschärft mit der Folge einer Nivellierung nach unten.

**Pierre-Yves Maillard** (Regierungsrat VD) weist darauf hin, dass die Welt schwierig sei. Wir vertreten die arbeitnehmende Klasse. Ohne Kompromisse gibt es aber keinen Fortschritt zu Gunsten der Arbeitnehmenden. Die Frage sei, ob man für oder gegen die Abschaffung der Statusse ist, ob man für oder gegen mehr Geld für die AHV ist. Wir werden in allen Kantonen Schlachten schlagen müssen. Aber wie sollen wir in den Kantonen kämpfen, wenn wir uns Spalten lassen?

**Fabian Molina** (Nationalrat ZH) anerkennt, dass wir über eine ziemlich komplizierte Vorlage reden. Die zentrale Frage aber sei einfach: Wollen wir weitere Abbaupakete in den Kantonen und Gemeinde? Wollen wir wirklich neue Steuerprivilegien einführen? Die Befürworterinnen und Befürworter des Deals sagen drei Dinge: 1. Wir müssen die AHV retten; 2. Wir müssen dringend etwas machen und 3. die aktuelle Vorlage ist alternativlos. Gerade der Kompromiss zeigt aber, dass es Alternativen gibt. Die Reform sei dringend, weil wir den internationalen Steuerwettbewerb stoppen müssen. Aber genau das geschehe mit dieser Vorlage nicht.

**Roger Nordmann** (Präsident Bundeshausfraktion) vertritt die Haltung, dass wir mit der heutigen Reform einen Teil der USR II korrigieren auch wenn damit nicht sämtliche Steuerschlupflöcher gestopft würden.

**Rafael Mörgeli** (SP ZH) vertritt die GL der SP Zürich. In der internen Diskussion seien Verbesserungen festgestellt worden. Diese seien aber im Vergleich zur USR III zu gering. Er sehe nicht, wie man in den Kantonen Referenden gewinnen wolle, wenn man die Grundlagen auf nationaler Ebene befürwortet hat.

**Max Lemmenmeier** (SP SG) ist auch der Meinung, dass der Steuerwettbewerb eine Sauerei ist, dass die Privilegien abgeschafft werden müssen. Aber dies alles ist bereits da. Die jetzige Vorlage bringt immerhin partielle Verbesserungen. Er glaubt, dass der Kampf in den Kantonen mit dieser Vorlage besser geführt werden könne.

**Sylviane Herranz** (SP VD) erinnert an die 20'000 Demonstrantinnen und Demonstranten, die letzte Woche auf dem Bundesplatz waren. Die jetzige Vorlage bringe für die Frauen gar nichts. Frauen werden die ersten Opfer der Sparmassnahmen sein. Die sozialen Ungerechtigkeiten werde verstärkt.

**Samuel Bendahan** (Nationalrat VD) sagt als Linker ohne Scham Ja zu dieser Vorlage. Alles in dieser Reform ist letztlich ein Fortschritt. Wenn wir heute mehr Geld für die AHV erhalten, werde unsere Position in der Diskussion um die notwendige Reform gestärkt.

**Stefan Rügger** (SP ZH) wundert sich, dass nun Parteipräsident Levrat an vorderster Front für die Interessen der Unternehmen kämpft und Regierungsrat Maillard die Vorlage als alternativlos darstellt. Die Woz habe leider recht mit der Feststellung, dass die SP Führung den Sieg gegen die USR III verspielt hat.

**Ursula Marti** (SP BE) spricht als Präsidentin der SP Kanton Bern. In der Geschäftsleitung sei die Vorlage kontrovers diskutiert worden. Am Ende standen zweidrittel für ein Ja zu dieser Vorlage. So auch sie selber. Natürlich hätte sie sich eine höhere Dividendenbesteuerung und weniger Abzugsmöglichkeiten gewünscht. Die Annahme ist ein Vernunftentscheid und keine Herzensangelegenheit. Die SP habe für ihre Anliegen das Maximum herausgeholt; der Steuerwettbewerb würde bei einer Ablehnung weiter angeheizt.

**Silvia Schenker** (Nationalrätin BS) konnte nicht Ja sagen zu dieser Vorlage, trotz den zusätzlichen Einnahmen für die AHV. Sie sei davon nicht überzeugt, da in den Kantonen teilweise zu grosse Steuerausfälle resultieren. Sozialhilfebezüger, Kinder, Betagte, vorläufig Aufgenommene und Behinderte werden diesen Preis bezahlen müssen. Wir müssen das Versprechen einlösen, das wir mit dem Abstimmungssieg über die USR III gegeben haben. Im Parlament hat sie sich wegen der grossen Zerrissenheit der Stimme enthalten.

**Jürg Weber** (SP ZH) sagt, wir sollten die Route nehmen, die weniger risikobehaftet ist. Wenn wir Nein sagen, haben wir gar nichts in der Hand und wir wissen nicht, was dann passiert. Wenn wir aber den Vorschlag annehmen, machen wir eine Erfolgssicherung. Wir werden unsere Werte nicht verleugnen, wenn wir zustimmen, im Gegenteil. Es gehe nicht einfach um Grosskonzerne, es gehe auch um die Bevölkerung.

**Ursula Funk** (SP Frauen\*) anerkennt, dass die National- und Ständeräte für eine Reform gekämpft haben. Die Vorlage ist sehr komplex, aber eigentlich ist es einfach: Wie soll man den Bürgern erklären, dass Steuerprivilegien abgeschafft, aber Steuern nicht steigen, sondern sinken? Wir haben of-

fenbar zu wenig erreicht. Und sie sinken wegen neuen Steuerprivilegien. Das sei nicht gerecht und nicht sozial und gehe auf die Kosten der Frauen und der Schwachen. Wir sollten uns dafür einsetzen, auf eine bessere Vorlage hin zusammenzuarbeiten.

**Romain de Sainte Marie** (SP GE) unterstützt die Vorlage, betont aber, sie sei nicht perfekt. Wir werden das Schweizer Steuerparadies nicht abschaffen können, aber immerhin Kompromisse seien eingegangen worden.

**Pierre Bayerhöfer** (SP BL) findet, dieser Deal sei kein Kompromiss, sondern ein Verlust. Die Unternehmen bekommen Steuergeschenke, die Arbeitnehmenden, die Kantone und der Bund müssen dies bezahlen. Es gäbe einen dringenden Bedarf, die AHV zu sanieren. Aber die AHV habe es verdient, als separates Paket angesehen zu werden, und kein Anhängsel zu sein.

**Anita Fetz** (Ständerätin BS) betont, dass alle Anwesenden für weniger Steuergeschenke seien. Die Gegner suggerieren, dass die Fraktion zu wenig gut verhandeln habe. Da fühle sie sich persönlich ein wenig angegriffen. Es gehe darum, die AHV zu sichern, diese sei momentan im freien Fall. Es gäbe auch eine politische Verantwortung, das wichtigste Sozialwerk zu sichern. Dieser Kompromiss führe zu dieser Sicherung, auch für die Frauen, die ja häufig Teilzeit arbeiten. Ein Nein führe zu einem riesenproblem bei der AHV und bei den Steuern sei nichts gewonnen. Bei den Verhandlungen sei es nicht gelungen, den kantonalen Steuerwettbewerb einzubeziehen. Es sei aber unsere verdammte historische Pflicht, die AHV zu sichern.

**Tamara Funciello** (Präsidentin JUSO Schweiz) weist auf die Abbauprogramme im Kanton Bern hin. Viele Genossinnen haben sich dagegen eingesetzt. Diese sollten nun auf die Strasse gehen für Steuersenkungen für Unternehmen. Die Vorlage sei strategisch und taktisch schlecht für die Partei. Es seien nicht Deals, die uns vorgebracht haben, sondern dass wir unseren Werten treu geblieben sind. Und diese seien in der jetzigen Vorlage nicht vertreten. Es gäbe Alternativen, auch wenn es schwierig werde, diese zu erreichen.

**Prisca Birrer-Heimo** (Nationalrätin LU) weist darauf hin, was mit dieser Vorlage erreicht werde. Sie sei nicht bereit hinzunehmen, dass dies immer negiert werde. All das was erreicht wurde, erhalten wir nicht, wenn diese Vorlage abgelehnt wird. Im Gegenteil, die Unternehmen werden auf ihre Sonderstatusse verzichten, aber dann Jahre lang keine Steuern bezahlen. Dann wird es erst recht zu grossen Sparpaketen kommen.

**Kurt Bläuer** (SP BE) weist darauf hin, dass in den letzten Jahren viele neue Firmen in Biel angesiedelt werden konnten. Summiert man die Ausfälle, die die Bundesvorlage und die geplante Steuergesetzrevision des Kantons Berns bedeuten, seien dies in einigen Jahren 16 Millionen Franken – das wäre nicht zu verkraften. In Biel sei für die Linke und darüber hinaus klar, dass diese Vorlage versenkt werden müsse.

**Jacqueline Badran** (Nationalrätin ZH) erinnert, dass sie vor zwei Jahren die USR III in die aktuelle Steuerdebatte eingebettet hat. Jetzt stehe sie wieder hier und sage ebenso überzeugt Ja zur aktuellen Vorlage, wie sie Nein zur USR III gesagt habe. Die aktuelle Vorlage bringe weniger Steuerwettbewerb und stattdessen eine Harmonisierung. Neu gäbe es nur noch Instrumente, die international anerkannt seien und von beinahe allen europäischen Ländern angewandt werden. Diese Instrumente bewirken, dass wir unsere Steuersätze weniger senken müssen. Wo sollten die internationalen Steuern harmonisiert werden, wenn nicht auf OECD-Ebene. Die zweite Errungenschaft ist, dass die AHV Geld nicht über Mehrwertsteuer- sondern Lohnprozente erhalte. Etwas was jahrzehntelang nicht möglich erschien.

**Matthieu Béguelin** (SP NE) weist darauf hin, dass die Vorlage ein Phyrus-Sieg sei. Die Machtverhältnisse im Parlament stehen gegen uns. Aber auch das geringste Übel bleibt ein Übel. Dieser Vorschlag bringe keinen Fortschritt für die Arbeitnehmenden. Es gäbe auch keinen Anstieg der Renten und keine Garantie, dass das Rentenalter nicht erhöht werde. Die SP habe viele Lösungsvorschläge, um die AHV nachhaltig zu sichern. Wenn die Frauen endlich so viel verdienen würden, wie Männer, gäbe es sofort 1.5 Milliarden mehr für die AHV. Die Arbeit von Robotern müsse besteuert werden.

**Philipp Wilhelm** (SP GR) spricht als Präsident der SP Kanton Graubünden. Auch diese hat die Vorlage intensiv diskutiert und stellt sich überzeugt hinter die Vorlage. Hier könne man den letzten Zug nehmen, der zu einer sozialen Finanzierung der AHV führe. Auch der Steuerteil sei besser als die aktuelle Situation und deutlich besser als USR III. Zudem gäbe es die Möglichkeit, in den Kantonen Einfluss zu nehmen. Deshalb solle der Fortschritt angenommen und für weitere Fortschritte gekämpft werden.

**Nina Schläfli** (SP TG) möchte als Präsidentin der SP Kanton Thurgau auf einige kantonale Bedenken hinweisen. Es sei nicht einfach nachzuvollziehen, weshalb die Steuerreform auf nationaler Ebene tragbar sein soll, nicht aber auf kantonaler Ebene. Sollte die heutige Versammlung eine Unterstützung der Vorlage beschliessen, erwarte sie von der Geschäftsleitung, dass sie kleine kantonale Parteien im Kampf gegen die die kantonale Umsetzung finanziell, personell und kommunikativ unterstütze.

**Carlo Lepori** (SP 60+) findet, dass die Solidarität zwar kein Prinzip sei, in diesem Falle aber mitspielen sollte. Mit der jetzigen Vorlage sei eine Trendwende erreicht worden. Es seien Fortschritte, bei der AHV-Finanzierung, beim Kapitaleinlageprinzip oder bei der Nichtbesteuerung von Dividenden erzielt worden. Wir haben etwas erreicht, was unserem Programm und unseren Werten entspreche.

**Christian Levrat** bedankt sich bei allen Sprechenden für die hochstehende Diskussion. Die SP hat den Anspruch, dass in der SP der Ort ist, in der die relevanten Diskussionen links der Mitte geführt werde. Die Frage ist, ob diese Revision in unsere Richtung geht oder nicht. Er ist überzeugt, dass dies der Fall sei. Gerade bei der AHV sei eine sozialdemokratische Lösung erzielt worden. Bei der Vorlage, über die heute abgestimmt werde, gehe es ausschliesslich um Steuererhöhungen, auch wenn die Unternehmen nachher noch nicht bezahlen, was sie eigentlich bezahlen sollten.

Aber wie soll man erklären, dass man auf Bundesebene zu dieser Reform Ja sagt, aber die Umsetzungen in den Kantonen bekämpft. Aus seiner Sicht sei das einfach, da auf Bundesebene Steuererhöhungen beschlossen werde. Die Steuersenkungen auf kantonaler Ebene könnten nur mit einer Harmonisierung auf Bundesebene verhindert werden – so lange es diese nicht gibt, bleibe nichts anderes übrig, als diese auf kantonaler Ebene zu bekämpfen.

Auf Grund der aktuellen Situation sei es in unserem Interesse, wenn der finanzielle Handlungsspielraum des Bundesrats verkleinert werde. Nach der gescheiterten Altersreform 2020 besteht die Gefahr, dass wir bei der AHV Zugeständnisse machen müssen, wie dies bei der Invalidenversicherung geschehen sei. Und zudem besteht die Gefahr, dass in der nächsten Vorlage die Statusse nur auf nationaler Ebene abgeschafft werden und die Kantone anschliessend selber schauen müssten, wie sie damit umgehen. Dies würde umgehend zu massiven Steuersenkungen für Unternehmen führen.

#### Parolenfassung

Es gibt von **Fabien Robyr** (PS VS) einen Antrag auf geheime Abstimmung. **Christian Levrat** lehnt diesen Antrag im Namen der Geschäftsleitung ab.

Eine deutliche Mehrheit lehnt eine geheime Abstimmung ab.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:**

JA-Parole zur STAF-Vorlage

NEIN zur Frage des Referendums

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegierten beschliessen mit 148 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Ja-Parole der Vorlage. Die Frage nach dem Referendum erübrigt sich somit.

A-2 SP Neuenburg: Durchführung einer Urabstimmung

**Yann Hulmann** (SP NE) will mit einer Urabstimmung den Entscheid breiter abstützen. Es gab bereits eine solche zur Altersreform 2020 und auch heute gehe es wieder um diese. Darauf zu verzichten würde bedeuten, dass die Basis um ihre Stimme geprellt werde.

**Christian Levrat** unterstützt namens der Geschäftsleitung den Antrag auf die Durchführung einer Urabstimmung. Es ist auch angesichts der heutigen Diskussion offensichtlich, dass innerhalb der Linke eine Diskussion über diese Vorlage geführt werden soll. Dazu ist eine Urabstimmung ein geeignetes Mittel

**Wolf Stettler** (SP ZH) sieht den Grund für den Antrag zur Urabstimmung darin, dass sich übergeordnete Gremien nicht getrauen, die Meinung zu vertreten. Er ist aber der Meinung, dass jetzt direkt mit dem Abstimmungskampf begonnen werden sollte.

**Samira Marti** (SP BL) hat zwar heute verloren. Trotzdem rät sie von einer Durchführung ab. Die Diskussion wurde heute intensiv geführt. Nun sei der Entscheid zu respektieren.

**Yvonne Feri** (Nationalrätin AG) würde das Geld für die Urabstimmung lieber in die Kampagne stecken. Die DV ist gut besucht und demokratisch abgestützt, der Entscheid ist deutlich ausgefallen eine Urabstimmung deshalb unnötig.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

Begründung: Der Parteitag der SP Schweiz im Dezember 2016 in Thun hat beschlossen, die Urabstimmung als Mittel des direkten Einbezugs der Parteibasis künftig häufiger einzusetzen. Im Frühling 2017 hat die SP Schweiz erfolgreich eine Urabstimmung zur «Altersvorsorge 2020» durchgeführt: Über 12'200 Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz haben sich daran beteiligt. Uns ist es dank der Medienberichterstattung gelungen, das Bild einer modernen Partei zu vermitteln, in der das einzelne Mitglied direkt Einfluss auf wesentliche Entscheide nehmen kann.

Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass sich die SP rasch zur STAF-Vorlage und zum Referendum positionieren muss (siehe Antwort auf A-1). Die DV wird heute diese Positionierung vornehmen. Das schliesst jedoch nicht aus, den Positionsbezug der DV zu einem späteren Zeitpunkt auch noch der Urabstimmung zu unterstellen und die endgültige Positionierung unter den Mitgliedern so breit wie möglich abzustützen. Der Zeitpunkt der Urabstimmung wird so festgelegt, dass in den Sektionen Zeit für eine Debatte bleibt. Eine Urabstimmung ermöglicht es der SP, sich abschliessend und end-

gültig zu positionieren und im Frühling 2019 geeint in den Abstimmungskampf zu ziehen – egal ob für ein Ja oder für ein Nein.

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst mit deutlicher Mehrheit, keine Urabstimmung durchzuführen.

## 6. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 25. November 2018

### Eidg. Volksinitiative „Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)

**Beat Jans** begründet den Antrag der Geschäftsleitung und erläutert, weshalb eine Mehrheit der Fraktion Ja zu dieser Initiative gesagt hat. Die Initiative sei insgesamt harmlos und verlange lediglich einen finanziellen Anreiz für Landwirtinnen und Landwirte, damit diese ihre Tiere nicht enthornen. Es sei zwar richtig, dass die Verfassung nicht der richtige Ort ist, dies zu regeln. Den Initianten sei dies aber nicht vorzuwerfen, sie haben darauf hingearbeitet, dass es auf Gesetzesebene geregelt werde. Es besteht die Befürchtung, dass die Zahlungen die Attraktivität von Freilaufställen schmälere. Zu beachten ist, dass Hörner Gliedmassen darstellen, die durchblutet sind. Zudem dienen sie dem Kommunikationsverhalten. Aus Sicht der Fraktion sollen die Gesamtzahlungen an die Landwirtschaft nicht erhöht aber anders verteilt werden.

**Daniel Schüz** (SP ZH) vertritt die Argumente, die für ein Ja sprechen. Beim Horn handle es sich nicht um eine Angriffswaffe, sondern um ein wichtiges Mittel zur Kommunikation, zur Hygiene und dem sozialen Gefüge in der Herde. Heute stehen 9 von 10 Kühe Horn los im Stall.

**Hansruedi Roth** (SP BE) ist seit 39 Jahren Biobauer. Seine Kühe haben Hörner. Das Problem war, dass die Ställe nicht den Kühen angepasst wurden sondern umgekehrt. Die Initiative ist ein Schritt hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft. Deshalb sollte diese sympathische Initiative unterstützt werden.

**Renato Werndli** (SP SG) erinnert, dass die SP sich immer für jene eingesetzt hat, die durch das Profitdenken ausgenutzt werden. Dazu gehören ganz stark auch die Nutztiere.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** JA-Parole

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wird mit klarer Mehrheit die Ja-Parole beschlossen.

## 7. Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)

**Priska Seiler-Graf** (Nationalrätin ZH) begründet den Hintergrund der Initiative. Der Entscheid des Bundesrates führte dazu, dass eine breite Koalition über den Sommer eine Initiative ausarbeitete, um zu verhindern, dass Waffen in Ländern exportiert werden können, die in interne Konflikte verfallen sind. Heute seien die Kontrollen viel zu lasch. Es gäbe keine unproblematischen Ausfuhren von Kriegsmaterial. Bereits heute funktioniert die Kontrolle nicht. Sie werden noch weniger funktionieren, wenn Waffen direkt in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Der Nationalrat hat aber beschlossen, dass nun das Parlament für die Richtlinien verantwortlich sei und dieser Entscheid dem

Referendum untersteht. Falls der Ständerat dies ablehnt, werde umgehend die Unterschriftensammlung gestartet.

**Beat Jans** spricht für die Haltung der Geschäftsleitung und bittet um Unterstützung für die Initiative.

**Claudia Friedl** (Nationalrätin SG) berichtet aus der Diskussion im Nationalrat. Es sei ein Hohn, dass das Ausführungsgesetz gelockert werden soll – obwohl klar ist, dass bereits heute die Kontrollen zu locker seien. Nun wurde diese Kompetenz dem Bundesrat entzogen. Dies sei nur dank dem Druck der Initiative möglich gewesen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Unterstützung der Initiative

**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Mit 136 zu null Stimmen und ohne Enthaltungen wird beschlossen, die Initiative zu unterstützen. Die notwendige 2/3-Mehrheit für die Unterstützung ist somit erreicht.

**Hannah Pfalzgraf** ist empört, dass an der heutigen Delegiertenversammlung wieder nur Männer in den Fokus gestellt worden sind. Es werden Regeln zu Redezeit etc. festgelegt, nicht aber zu Frauenquote oder dergleichen. Frauen haben nur ca. einen Drittel der Redezeit beansprucht.

## 8. Schluss / Apéro

**Rebekka Wyler** dankt Hanna für den Hinweis. Sie schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und dem Kanton Solothurn für die finanzielle Unterstützung. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern, insbesondere Colette Siegenthaler, die die heutige DV organisiert hat.

### **Wortmeldungen nach Geschlechter an der DV vom 14. Oktober in Olten:**

Frauen: 20 Wortmeldungen / 20 Sprechende

Männer: 30 Wortmeldungen / 23 Sprechende